

Kinder, Jugendliche und ihre Familien in der Frankfurter Sozialberichterstattung –

Dr. Herbert Jacobs (Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main)

Meine Damen und Herren,

ich werde Ihnen heute einige Ergebnisse aus dem letzten Teil des Frankfurter Sozialberichts vorstellen. Dieser Bericht beschäftigt sich mit der Situation von Kindern, Jugendlichen und Familien in Frankfurt am Main. Bevor ich auf die Ergebnisse dieses Berichts zu sprechen komme, möchte ich kurz erläutern, warum es überhaupt in Frankfurt eine Sozialberichterstattung gibt.

Einige von Ihnen werden sich erinnern, dass 1997 der „Erste Frankfurter Sozialbericht“ veröffentlicht wurde. Dieser Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peter Bartelheimer vom Frankfurter Institut für Sozialforschung erstellt. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat dann 1998 beschlossen, den Ersten Frankfurter Sozialbericht fortzuschreiben. Im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wurden explizit acht Themenfelder benannt, die innerhalb der weiteren Sozialberichterstattung bearbeitet werden sollen. Es handelt sich um die Themen Bildung, Beschäftigung, Sozialhilfe, Wohnungsversorgung, Segregation, demographische Entwicklung und Migration. Die Fortschreibung sollte aber nicht mehr durch ein externes Institut erfolgen, sondern durch Mitarbeiter der Frankfurter Stadtverwaltung. Gleichzeitig beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Erstellung des Sozialberichts durch drei „wissenschaftliche Experten“ und einen Beirat begleiten zu lassen. Einen Beirat gab es schon beim Ersten Frankfurter Sozialbericht. Die Berufung von drei Wissenschaftlern war neu. Sie sollen die Mitarbeiter

der Verwaltung bei der Erstellung des Sozialberichts unterstützen und dafür Sorge tragen, dass der Bericht wissenschaftlichen Standards genügt und dass die soziale Realität nicht zu sehr aus der Perspektive der Verwaltung und der Politik wahrgenommen und dargestellt wird.

Nach dem grundsätzlichen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, die Sozialberichterstattung fortzusetzen, entschied man sich, die gerade erwähnten acht Themenbereiche nacheinander in fünf verschiedenen Teilberichten zu bearbeiten. Diese fünf Teilberichte erschienen in den Jahren 2000 bis 2002. Schon in diesen fünf Berichten wurde an vielen Stellen die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien behandelt. So wurden im ersten Teilbericht die teilweise schwierige Ausbildungssituation junger Menschen und die Jugendarbeitslosigkeit thematisiert. Im zweiten Teilbericht wurde gezeigt, dass der Sozialhilfebezug bei Kinder, Jugendlichen und Alleinerziehenden überdurchschnittlich hoch ist. Der dritte Teilbericht behandelte die Wohnungsversorgung von Familien und wies darauf hin, dass vor allem Mittelschichtsfamilien aus Frankfurt ins Umland abwandern und dass es in Frankfurt überdurchschnittlich viele kinderlose Haushalte gibt. Im vierten Teilbericht wurden Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen berichtet. Diese Untersuchungen kamen u. a. zu dem Ergebnis, dass Jungen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig Entwicklungsdefizite aufweisen. Im fünften Teilbericht konnte gezeigt werden, dass sich kinderlose Lebensformen einerseits und Familien andererseits zunehmend in unterschiedlichen Teilen der Stadt konzentrieren. Ein sechster Teilbericht erschien 2004 und beschäftigte sich mit der künftigen Bevölkerungsstruktur der Stadt und problematisierte die Alterung der Gesellschaft vor dem Hintergrund schwächer werdender oder ganz fehlender familialer Netzwerke.

Diese wenigen Hinweise mögen Ihnen zeigen, dass schon vor dem VII Teilbericht, um den es heute geht, die Lebenssituation von jungen Menschen und Familien im Rahmen der Frankfurter Sozialberichterstattung an vielen Stellen behandelt wurde. Dieser siebte Teilbericht wurde im Frühjahr 2006 fertig und im August letzten Jahres vom Magistrat verabschiedet und der Stadtverordnetenversammlung zugeleitet.

Kommen wir zu diesem Bericht.

Sie haben vorhin von mir erfahren, dass ein früherer Teil des Frankfurter Sozialberichts im Hinblick auf die Bevölkerungsstruktur zu besorgniserregenden Befunden gekommen war. Insbesondere der hohe Anteil kinderloser Lebensformen und der Wegzug von Mittelschichtsfamilien sind hier zu nennen. Eine zentrale Frage im letzten Sozialbericht war deshalb, wie die Bevölkerungsstruktur der Stadt künftig aussehen wird.

Zunächst die positive Nachricht: Alle Prognosen stimmen darin überein, dass Frankfurt am Main auch künftig keine kinderlose Stadt sein wird, ja man wird auch in 20 oder 30 Jahren am Straßenbild nur wenig davon merken, dass in diesem Land zwischenzeitlich ein demographischer Epochenwandel stattgefunden hat. Auch dann wird man im Stadtbild junge Menschen sehen können, die einen Kinderwagen schieben oder ein Kleinkind auf dem Arm tragen. Von einer Bevölkerungsschrumpfung oder gar einer „Bevölkerungsimplosion“, die einige Demographen für die Zukunft erwarten, wird man bei einem Spaziergang, den man in 20 oder 30 Jahren durch diese Stadt unternimmt, nichts merken. Und auch die gegenwärtigen Daten geben für Frankfurt am Main optimistische

Signale. So hat seit kurzem die Zahl der in Frankfurt Geborenen und die Zahl der hier lebenden Kleinkinder sogar wieder leicht zugenommen.

Man könnte auf die Idee kommen, dass die seit kurzem wieder gestiegenen Geburtenzahlen darauf zurückzuführen sind, dass in Frankfurt am Main die Infrastruktur für Familien und Kinder vergleichsweise gut ausgebaut ist, dass eine gut ausgebaute Infrastruktur für Familien sich generell positiv auf die Geburtenzahlen auswirke und dass man das Beispiel Frankfurt nur nachahmen müsse, um auch anderswo in unserem Land steigende Geburtenzahlen zu erreichen.

Meine Damen und Herren,

ich fürchte, dass eine solche Deutung zu kurz greift. Die gestiegenen Geburtenzahlen in Frankfurt dürften nicht einen Ausweg aus der demographischen Krise unseres Landes aufzeigen; sie dürften eher ein weiteres Symptom der Krise sein.

Warum meine ich das?

Unbestritten ist, dass in den strukturschwachen Regionen des Bundesgebietes ein Bevölkerungsrückgang eingesetzt hat, der insbesondere junge und arbeitsmarktorientierte Menschen in die Ballungsräume zieht, wo sie hoffen, Arbeit und Einkommen zu finden. Da niemand davon ausgeht, dass in Zukunft die Geburtenzahlen im Bundesgebiet insgesamt deutlich steigen werden, fehlen die bei uns geborenen Kinder an anderer Stelle. Dies zementiert die schon heute spürbare ungleiche Entwicklung in den verschiedenen Teilen unseres Landes. Viel stärker als wir es in der alten Bundesrepublik gewohnt waren, werden künftig bestimmte Regionen von der allgemeinen

Wohlstandsentwicklung abgehängt werden. Insbesondere die Mobilen und Aktiven unter den Bewohnern dieser Regionen werden hierauf mit einer verstärkten Abwanderungsbereitschaft reagieren, die bei uns, aber auch in anderen Ballungsräumen dazu führt, dass man weiterhin mit verstopften Straßen und angespannten Wohnungsmärkten zu tun haben wird, und eben auch mit einer vergleichsweise großen Zahl von Kindern. Wenn es einen Wettbewerb um junge Arbeitnehmer geben wird, dann dürfte die Infrastrukturausstattung einer Stadt oder Region sicher einer Rolle dabei spielen, wo sie sich niederlassen. Nimmt man aber das gesamte Land in den Blick, dann handelt es sich um ein Nullsummenspiel: Was die einen gewinnen, verlieren die anderen.

In den letzten Jahren konnte Frankfurt am Main seinen Bevölkerungsstand nur halten, weil jedes Jahr mehr Menschen hierher kamen als wegzogen. So zogen von 1988 bis 2002, also innerhalb eines Zeitraumes von 15 Jahren, über 700.000 Menschen nach Frankfurt, während rd. 650.000 die Stadt verließen. Nur rd. die Hälfte der Einwohner lebt seit mehr als 15 Jahren in der Stadt. Neben allen sonstigen sozialen und demographischen Unterschieden ist die Trennlinie zwischen Alt- und Neubürgern für die Frankfurter Bevölkerung konstitutiv. Es ist vor allem die Gruppe der jungen und erwerbsorientierten Menschen, deren stetiger Zustrom über viele Jahre ein Schrumpfen der Frankfurter Bevölkerung verhindert hat.

Ein großer Teil der jungen Menschen, die eine Familie gründen, sind nicht in Frankfurt geboren. Ihre Verwandten und insbesondere ihre Eltern leben häufig weit entfernt. Junge Eltern sind, wie die meisten von uns wissen, in vielen Situationen auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. So kommt es immer wieder vor, dass man jemanden braucht, der sich in unvorhergesehenen Situationen für ein paar

Stunden um die Kinder kümmert. Leben die eigenen Eltern oder andere Verwandte in der Nähe, kann man in solchen Notfällen meist auf sie zurückgreifen. Jüngere Kinder werden zudem häufig regelmäßig von ihren Großeltern betreut. Gerade in den westlichen Bundesländern könnten viele Mütter ohne den Einsatz der Großeltern kaum einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Viele Eltern in Frankfurt am Main können sich aber in diesen Situationen nicht auf ihre Eltern oder andere Verwandte stützen, weil diese einfach zu weit entfernt wohnen. Sie sind in ungleich größerem Ausmaß, als dies in eher ländlichen Gebieten der Fall ist, auf institutionelle Betreuungsangebote angewiesen. Die Stadt Frankfurt am Main hat hieraus Konsequenzen gezogen und nimmt mittlerweile bei den Betreuungsangeboten für die unter 3-Jährigen eine Spitzenstellung unter den westdeutschen Großstädten ein. Seit letztem Jahr ist in Frankfurt am Main das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei. Und die Stadt wird auch in den kommenden Jahren das institutionelle Betreuungsangebot deutlich erweitern.

Kommen wir zu den materiellen Lebensverhältnissen der Frankfurter Familien.

Die Einkommensverhältnisse spielen eine wesentliche Rolle für die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen. Um für den Frankfurter Sozialbericht den Kreis derjenigen zu bestimmen, die unter sehr beschränkten finanziellen Verhältnissen aufwachsen, wurden zwei Datenquellen herangezogen: zum einen die Statistik der Empfänger von SGB II-Leistungen und zum anderen der amtliche Mikrozensus.

Der SGB II-Statistik ist zu entnehmen, wie viele Personen Arbeitslosengeld II und Sozialgeld beziehen. Gegenüber früheren

Jahren hat sich die Datenlage insoweit verbessert, als die Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen, die von Fürsorgeleistungen leben, heute genau bestimmt werden kann. Früher wies die Statistik nicht aus, in welchen Haushaltskonstellationen die Empfänger von Arbeitslosenhilfe lebten. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat sich diese Wissenslücke geschlossen. Zum ersten Mal ist mit aller Deutlichkeit zu sehen, wie groß in Frankfurt am Main die Gruppe derjenigen ist, die auf dem Niveau der Sozialhilfe leben.

Allerdings leben nicht nur die Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld unter schwierigen materiellen Verhältnissen. Deswegen wurden als weitere Datenquelle die Einkommensangaben im amtlichen Mikrozensus ausgewertet. Der Mikrozensus ist eine Umfrage, die die Statistischen Landesämter im Auftrag des Statistischen Bundesamtes durchführen. Im Rahmen des Mikrozensus wird 1 Prozent der Bevölkerung jeder Gebietskörperschaft befragt. In Frankfurt sind dies jedes Jahr mehr als 6.000 Personen. Die zu Befragenden werden anhand der Melderegister zufällig „gezogen“ und sind zur Teilnahme verpflichtet. Die Zahl der „Verweigerer“ und derjenigen, die aus anderen Gründen nicht befragt werden können, ist gering. Aufgrund dieser Gegebenheiten haben die Daten des Mikrozensus eine hohe Repräsentativität.

Beide Datenquellen, die SGB II-Statistik wie auch der Mikrozensus, zeigen, dass in Frankfurt am Main viele Familien und viele Kinder in vergleichsweise schlechten finanziellen Verhältnissen leben. Sowohl unter den Haushalten mit „niedrigem Einkommen“, die anhand des Mikrozensus identifiziert wurden, als auch unter den Haushalten, die Arbeitslosengeld II und Sozialgeld beziehen, sind Personen, die in Familien leben, überrepräsentiert. Während heute in Frankfurt ungefähr

jede achte Person von Fürsorgeleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung lebt, ist es von den Personen unter 15 Jahren jede fünfte.

Bedacht werden muss aber, dass die Aussage, in Frankfurt lebe jedes fünfte Kind von Fürsorgeleistungen, nur die Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt widerspiegelt. Aus dem Bereich des SGB II weiß man, wie viele Personen im Laufe eines Jahres neu in den Bezug von Arbeitslosengeld II gekommen und wie viele wieder ausgeschieden sind. Im Laufe des Jahres 2006 haben rd. 29.000 Personen erstmals Arbeitslosengeld II bezogen, während es am Jahresende 2005 46.000 und Ende 2006 49.000 Personen waren. Aus diesen Zahlen kann man schließen, dass die Gesamtzahl der Personen, die irgendwann einmal im Laufe des Jahres 2006 Arbeitslosengeld II bezogen haben, bei fast 80.000 gelegen haben muss. Dies bedeutet, dass der Kreis der Empfänger von Arbeitslosengeld II und ihrer Angehörigen viel größer ist, als es die jeweilige momentane Zahl der Bezieher vermuten lässt. Dies bedeutet auch, dass in Frankfurt am Main weit mehr als nur jedes fünfte Kind unter 15 Jahren irgendwann einmal die Erfahrung macht, dass seine Familie von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld leben muss. Für die meisten Betroffenen ist dies allerdings eine zeitlich begrenzte Erfahrung.

Verlassen wir einmal kurz die Frankfurter Sozialberichterstattung.

Die Einkommensverhältnisse sind eine wesentliche Rahmenbedingung für das Aufwachsen von Kindern. Kinder, die in Armutsverhältnissen aufwachsen, haben schlechtere Startchancen als ihre Altersgenossen, die in gesicherten finanziellen Verhältnissen leben. Viele Beobachter meinen, dass Personen arm sind, die existenzsichernde

Fürsorgeleistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Grundsicherung beziehen oder zu deren Bezug berechtigt sind.

Setzt man Armut mit dem Bezug dieser Fürsorgeleistungen gleich, bindet man sich an eine Armutsgrenze, die im politisch-administrativen Bereich festgelegt wird. Will man das Ausmaß von Armut unabhängig von solchen politischen-administrativen und damit immer auch willkürlichen Setzungen bestimmen, muss man sich auf ein anderes Armutskonzept stützen. Für eine andere Herangehensweise bei der Messung von Armut spricht auch die Tatsache, dass viele Bedürftige Leistungen nicht in Anspruch nehmen, die ihnen eigentlich zustehen. Von verschiedenen Seiten wird zudem bezweifelt, dass das Leistungsniveau der genannten Fürsorgeleistungen ausreicht, um die gesellschaftliche Teilhabe der Betroffenen zu sichern.

Viele Beobachter sehen deshalb im Konzept der relativen Einkommensarmut einen besseren Weg, um das Ausmaß von Armut in unserer Gesellschaft zu bestimmen. Einer verbreiteten Definition zufolge liegt relative Einkommensarmut vor, wenn das bedarfsgewichtete Einkommen der Personen in einem Haushalt einen bestimmten Prozentsatz des nationalen mittleren oder durchschnittlichen bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommens unterschreitet. Der „7. Familienbericht“ und der „12. Kinder und Jugendbericht“, die Ihnen vorhin vorgestellt wurden, beziehen sich an vielen Stellen auf dieses Armutskonzept.

Kehren wir nach Frankfurt zurück.

Im vorliegenden Sozialbericht fehlen Aussagen zur relativen Einkommensarmut in Frankfurt am Main. Stattdessen wird bei den

Auswertungen der Einkommensangaben im Mikrozensus lediglich von „niedrigem Einkommen“ gesprochen. Von verschiedenen Seiten wird aber immer wieder gefordert, das Thema Armut auch in der Frankfurter Sozialberichterstattung stärker zu berücksichtigen. Warum wird im Sozialbericht das Wort Armut vermieden? Schließlich bin ich bei der Berechnung der Pro-Kopf-Einkommen methodisch ganz ähnlich vorgegangen wie diejenigen Kollegen, die in verschiedenen Untersuchungen den Anteil der Personen bestimmen, die in unserem Land arm sind.

Der Grund ist folgender:

Die empirischen Erhebungen, anhand derer man in Deutschland üblicherweise das Ausmaß der Einkommensarmut bestimmt, erfassen das Einkommen von Haushalten sehr viel genauer als der Mikrozensus, dessen Daten für Frankfurt am Main zur Verfügung standen. Einzig und allein aus diesem Grund ist es nicht möglich, Aussagen zur relativen Einkommensarmut in Frankfurt am Main zu machen: Die Konzepte zur Erfassung von Einkommen unterscheiden sich so sehr, dass die Einkommensangaben der einen Erhebung nicht mit denen der anderen Erhebung kompatibel sind. Und deshalb ist es nicht möglich, genau zu sagen, wie viele Menschen in Frankfurt am Main gemessen am nationalen Standard einkommensarm sind. Man kann anhand des Mikrozensus aber sehr wohl die Einkommensposition verschiedener Haushaltskonstellationen vergleichen. Genau dies ist im vorliegenden Sozialbericht auch geschehen.

Nun könnte der eine oder andere von Ihnen einwenden, dass auch in Frankfurt das Thema Armut bei Kindern von so zentraler Bedeutung sei,

dass man doch die Datenlücke durch eigene Erhebungen schließen sollte. Im Prinzip ist dieser Einwand richtig. Es gibt allerdings einige praktische Probleme. Um genaue Angaben für Frankfurt zu bekommen, müsste eine ähnlich hohe Zahl von Personen befragt werden wie im Mikrozensus. Um eine hohe Repräsentativität zu erreichen, müsste sich von diesen zufällig ausgewählten Personen nahezu jede an dieser Umfrage beteiligen. Erfahrungsgemäß ist aber die Beteiligung an freiwilligen Umfragen gering. Damit wäre aber die Repräsentativität dieser mit großem Aufwand erhobenen Daten deutlich eingeschränkt. Mit anderen Worten, man würde im Vergleich zu den Daten des Mikrozensus zwar genauere Einkommensangaben haben, aber nur eine geringe Repräsentativität erreichen. Und damit wäre man, so meine ich, nicht weiter, als man jetzt schon ist.

Kommen wir zu einem anderen Thema.

Bildung ist, wie wir alle wissen, für den späteren Berufsweg und die soziale Position, die man einnimmt, von entscheidender Bedeutung. Die Weichen hierfür werden schon in der Grundschule gestellt. Zwischen den verschiedenen Frankfurter Grundschulen gibt es deutliche Unterschiede im Hinblick auf den Bildungserfolg der Kinder. Unverkennbar ist, dass Kinder, die eine Grundschule in Stadtteilen besuchen, in denen eher weniger sozial Benachteiligte leben, sehr gute Chancen haben, ein Gymnasium zu besuchen. Bei Kindern aus Ortsteilen mit vielen Empfängern von Fürsorgeleistungen und vielen Arbeitslosen ist es genau umgekehrt. Verstärkt wird dieser Trend dadurch, dass Eltern auf dem Wege sogenannter „Gestattungen“ dafür sorgen, dass die Grundschulen, die hohe Übergangsraten aufs Gymnasium haben, einen erheblichen „Zuzug“ erleben.

Eine Gestattung muss man beim Staatlichen Schulamt einholen, wenn man will, dass sein Kind eine andere Grundschule besucht als die eigentlich zuständige. Selbstverständlich ist der Umstand, dass eine Schule bessere Bildungserfolge zu haben scheint, kein Grund, den man in einem Gestattungsantrag anführen kann. Es gehört also ein gewisses Geschick dazu, die Anträge „verwaltungskonform“ zu formulieren. Dies spricht dafür, dass vor allem Eltern mit einem gewissen Bildungshintergrund von dieser Möglichkeit, bestimmte Schulen zu meiden, Gebrauch machen. Hätten sie diese Möglichkeit nicht, würden sie vielleicht in Erwägung ziehen, direkt in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Schule zu ziehen. Manche Menschen bleiben in Quartieren wohnen, aus denen sie unter dem Gesichtspunkt der schulischen Versorgung ihrer Kinder eigentlich wegziehen würden, wenn es keine Schlupflöcher gäbe.

Diese Befunde müssen m.E. für verschiedene Bereiche Konsequenzen nach sich ziehen. Diejenigen unter Ihnen, die sich für Schule interessieren oder für Schule zuständig sind, müssen sich Gedanken darüber machen, inwieweit der Anspruch, dass in den Grundschulen die Kinder der Angehörigen verschiedener Religionen, Weltanschauungen und sozialer Schichten zusammentreffen, noch realisiert werden kann. Das Prinzip der Gemeinschaftsgrundschule ist in der Realität an vielen Stellen schon durchlöchert. Zum einen durch das separierte Wohnen der Angehörigen der verschiedenen sozialen Schichten, das von vornherein sicherstellt, dass sich in bestimmten Grundschulen die Kinder aus bildungsnahen Schichten und in anderen die Kinder aus bildungsfernen Schichten konzentrieren. Zum anderen durch die Möglichkeit, auf dem Wege der Gestattungen nicht die nächstliegende Grundschule nutzen zu müssen.

Aber auch für mein eigenes Metier hat der oben berichtete Befund Konsequenzen. Üblicherweise wird in der Stadtforschung die ungleiche räumliche Verteilung der Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen als Zeichen für das Ausmaß sozialer Integration interpretiert. Um das Ausmaß der räumlichen Ungleichverteilung verschiedener Bevölkerungsgruppen zu bestimmen, werden in der Stadtforschung sogenannte Segregationsindizes verwendet. Wenn sich z.B. Menschen mit Migrationshintergrund in bestimmten Quartieren konzentrieren, sind diese Indizes hoch. Ist der Segregationsindex für eine Bevölkerungsgruppe hoch, wird dies als Hinweis auf eine mangelhafte soziale Integration dieser Bevölkerungsgruppe gedeutet. Und wenn umgekehrt z.B. Menschen mit Migrationshintergrund relativ gleichmäßig über die verschiedenen Quartiere verstreut wohnen und der entsprechende Index niedrig ist, nimmt man dies gewöhnlich als Zeichen für eine gelungene Integration. Dieser Deutung liegt die Annahme zugrunde, dass die räumliche Nähe und die hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Alltag begegnen, auch einen Abbau von Vorurteilen und sozialen Schranken bewirken. An dieser Deutung sind Zweifel angebracht, wenn schon Infrastruktureinrichtungen wie die Grundschulen, die ausdrücklich auf die Begegnung verschiedener sozialer Gruppen abzielen, von diesen Gruppen sozial selektiv im vorhin beschriebenen Sinne genutzt werden. Eventuell ist es in Frankfurt am Main um die soziale Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen weit schlechter bestellt, als man aus den im Vergleich zu anderen Großstädten unauffälligen Segregationsindizes glaubt ablesen zu können.

Meine Damen und Herren,

ich muss meinen kleinen „Streifzug“ durch die Ergebnisse der Frankfurter Sozialberichterstattung hier beenden und möchte mit einigen grundsätzlichen Überlegungen schließen.

Der heutige Kongress findet im Rahmen des Frankfurter Bündnisses für Familie statt. Dem „Bündnis für Familie“ geht es um Verschiedenes. Zunächst ist das Bündnis für Familie ein Zusammenschluss, dem es darum geht, Menschen zu unterstützen, die in einer Familie leben. Im Sozialbericht finden Sie eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, wo es Familien „unter den Nägeln brennt“. Freilich ist Vieles hiervon nicht im lokalen Rahmen zu regeln, sondern liegt in Landes- oder Bundeskompetenz. Für die soziale Infrastruktur von Ort sind freilich vor allem die Städte und Gemeinden zuständig. In Frankfurt am Main gibt es bereits heute ein vielfältiges Angebot für Eltern, Kinder und Jugendliche. Wenn es darum geht, hier Versorgungslücken zu schließen, sollte man die Betroffenen selber fragen, was ihnen fehlt und welche Dinge aus ihrer Sicht mit besonderer Priorität realisiert werden sollten.

Ich möchte betonen, dass es falsch wäre, von den Familien in Frankfurt zu sprechen. Der vorliegende Bericht liefert ja an vielen Stellen Belege dafür, dass es in Wirklichkeit deutliche Unterschiede zwischen den Familien und den Lebensbedingungen gibt, die sie ihren Kindern bieten. Zwar ist es richtig, darauf hinzuweisen, dass Familien insgesamt gegenüber kinderlosen Lebensformen vielerlei materielle Nachteile haben. Ebenso wichtig ist es aber, die Differenzen zwischen den Familien im Blick zu behalten. Und diese Differenzen wirken sich ganz entscheidend auf die Lebensbedingungen von Kindern aus. Die unterschiedlichen Bildungserfolge von Grundschulkindern, von denen ich Ihnen berichtet habe, sind ja keineswegs dadurch zu erklären, dass die einen Schulen so viel schlechter sind als die anderen, sondern

darauf, dass die Mütter und Väter die Kinder in höchst unterschiedlicher Weise auf ihrem Weg durch die Bildungsinstitutionen unterstützen. Wenn ein „Bündnis für Familie“ eines ist, das zum Ziel hat, Menschen in Familien bei ihren Problemen zu unterstützen, dann sollte man den Blick vor allem auf die benachteiligten unter ihnen richten. Von zentraler Bedeutung ist hier m.E. die Herstellung gleicher Bildungschancen.

Meine Damen und Herren,

Das „Bündnis für Familie“ wurde auf der Bundesebene vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs in Deutschland ins Leben gerufen. Das „Bündnis für Familie“ will die Bemühungen verstärken, die unternommen werden müssen, damit mehr Erwachsene sich entschließen, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen. Der mögliche Beitrag der Sozialwissenschaften zu diesem Thema fällt m.E. eher bescheiden aus. Warum junge Menschen in Deutschland weniger Kinder bekommen als in den meisten hoch entwickelten Industriestaaten, ist umstritten. Aus meiner Sicht zu wenig beachtet ist bislang, dass in Deutschland die Zahl der Kinder, die junge Menschen sich wünschen, ausgesprochen niedrig ist. Zudem ist die Diskrepanz zwischen gewünschter und realisierter Kinderzahl in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern besonders gering. Während man üblicherweise nach Umständen oder Rahmenbedingungen sucht, die man ändern muss, damit Kinderwünsche realisiert werden können, geht man möglicherweise am eigentlichen Problem vorbei. Kinderlosigkeit ist vielleicht eher eine Mentalitätsfrage als eine der widrigen äußeren Umstände, die es nur zu erkennen und zu ändern gilt, damit endlich wieder mehr Kinder geboren werden. Rezepte, wie man die Einstellungen und Prioritäten derjenigen ändert, die keine Kinder wollen,

hat niemand zur Hand. In den Bereich der Mentalitäten gehören auch die sehr spezifisch deutschen Vorstellungen davon, wie man ein Kind zur Welt bringen und erziehen soll. Französische Frauen bekommen deutlich mehr Kinder als deutsche. Gleichzeitig halten sie wenig von „natürlicher Geburt“, stillen ihre Kinder schneller ab und unterwerfen sie einem rigideren Tagesrhythmus als deutsche Mütter. Wenn es zwischen diesen Dingen und der Geburtenhäufigkeit einen Zusammenhang gibt, dann wird es sehr schwer, durch eine Steigerung der Familienfreundlichkeit die Geburtenzahlen zu erhöhen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit